

V&R Academic

# Zeitgeschichte im Kontext

Band 10

Herausgegeben von Oliver Rathkolb

Die Bände dieser Reihe sind peer-reviewed.

Hubert Christian Ehalt / Oliver Rathkolb (Hg.)

# **Wissens- und Universitätsstadt Wien**

Eine Entwicklungsgeschichte seit 1945

Unter Mitarbeit von Theodor Venus, Elisabeth Heimann  
und Susanne Strobl

V&R unipress

Vienna University Press



universität  
wien



Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

ISBN 978-3-8471-0399-8

ISBN 978-3-8470-0399-1 (E-Book)

**Veröffentlichungen der Vienna University Press  
erscheinen im Verlag V&R unipress GmbH.**

Gedruckt mit freundlicher Unterstützung des Rektorats der Universität Wien und in Zusammenarbeit und mit Förderung der Wiener Vorlesungen, des Dialogforums der Stadt Wien.

© 2015, V&R unipress in Göttingen / [www.vr-unipress.de](http://www.vr-unipress.de)

Alle Rechte vorbehalten. Das Werk und seine Teile sind urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung in anderen als den gesetzlich zugelassenen Fällen bedarf der vorherigen schriftlichen Einwilligung des Verlages.

Printed in Germany.

Titelbild: »Franzens-Ring«, Vorstadtseite. Déposé, Zeichnung von L.E. Petrovits, Farbholzschnitt von F.W. Bader, Wien 1875, Montage mit Rathaus, Parlament und Universität (Original im Eigentum von Oliver Rathkolb)

Druck und Bindung: CPI buchbuecher.de GmbH, Birkach

Gedruckt auf alterungsbeständigem Papier.

---

# Inhalt

|   |    |
|---|----|
| Einleitung . . . . .  | 11 |
| Hubert Christian Ehalt<br>Wien und die Wissenschaft . . . . .   | 15 |
| Oliver Rathkolb<br>Universitäten in Wien nach 1945–1965. Zwischen Rückbruch,<br>Wiederaufbau und der Suche nach Internationalität . . . . . | 23 |
| <b>Studieren in Wien</b>  |    |
| Oliver Rathkolb<br>Studieren in Wien ab 1955 . . . . .  | 29 |
| Manfried Welan<br>Student in Wien 1955–1960 . . . . .   | 37 |
| <b>Die 1960er Jahre</b>   |    |
| Interviews mit Erhard Busek, Wolfgang Greisenegger, Franz Römer und<br>Peter Skalicky . . . . .   | 49 |
| <b>Die 2000er Jahre</b>   |    |
| Bernhard J. K. Beham<br>Zwischen Mathematik und Geschichte . . . . .  | 71 |
| Suleika Mundschitz<br>Studieren in Wien, 2005–2012 . . . . .  | 81 |

## **Forschen in und mit der Stadt Wien**

Oliver Rathkolb

Wien am Weg zur Wissenschaftsregion in den 1970er und 1980er Jahren 91

### **Die 1960er Jahre**

Interviews mit Arnold Schmidt und Georg Winckler . . . . . 99

Wolf Frühauf

Einleitung zu Hertha Firnberg: Die Wissenschaft in der modernen Welt . 107

Hertha Firnberg

Die Wissenschaft in der modernen Welt . . . . . 113

### **Die 1970er Jahre**

Interviews mit Wolf Frühauf, Arnold Schmidt, Kurt Komarek und  
Manfried Welan . . . . . 127

Karl R. Wernhart

Zur Kooperation zwischen Universität und Stadt Wien. Die  
625-Jahr-Feier der Universität Wien und die Entstehung des  
Universitätscampus – Retrospektive und Zukunftsperspektiven . . . . . 147

### **Die 1980er Jahre**

Interviews mit Arnold Schmidt, Kurt Komarek, Georg Winckler,  
Manfried Welan, Herbert Matis, Wolfgang Greisenegger, Wolf Frühauf  
und Peter Skalicky . . . . . 161

### **Die 1990er Jahre**

Interviews mit Leopold März, Wolf Frühauf und Kurt Komarek . . . . . 195

## **Universitäts- und forschungspolitischer Paradigmenwechsel am Beginn des 21. Jahrhunderts**

Hubert Christian Ehalt und Oliver Rathkolb

Zäsuren, Gründungen, neue Entwicklungen . . . . . 213

Interviews mit Arnold Schmidt, Georg Winckler, Herbert Matis und

Ewald Nowotny . . . . . 219

## **Drei Fallstudien zur Wechselwirkung zwischen Stadtverwaltung und Universität Wien**

Hubert Christian Ehalt

Forschungsförderung der Kulturabteilung der Stadt Wien –  
exzellenzorientiert, innovativ, alternativ, kompensatorisch . . . . . 239

Herta Nagl-Docekal

Ein Wiener Philosophieprojekt in internationalem Kontext . . . . . 243

Michael Mitterauer

Austauschbeziehungen und Vermittlungssysteme. Aktualitätsbezogene  
Wissenschaft in urbanem Umfeld . . . . . 251

Brigitte Rollett

Die Stadt Wien und das Fach Psychologie an der Universität Wien:  
Geschichte einer Kooperation . . . . . 263

## **Universitäten in Wien aus der Perspektive von Politikern und Politikerinnen**

Interview mit Michael Häupl – Neugierde auf die Ursachen,  
Lust an der Lösung von Problemen . . . . . 285

Andreas Mailath-Pokorny

Die Wissenschafts- und Forschungsstadt Wien: eine Erfolgsentwicklung  
auf gutem Weg . . . . . 293

Renate Brauner

Zeit für ein neues Selbstbewusstsein . . . . . 299

Alexander Van der Bellen

Politik in Universitäten: Some anecdotal evidence . . . . . 303

Interview mit Sepp Rieder . . . . . 315

Franz Mrkvicka

Wien die Wissenschaftsstadt . . . . . 329

Interview mit Erhard Busek . . . . . 337

## **Universitäten und die Stadt Wien aus der Perspektive von RektorInnen 2014**

Michael Häupl

Universitätsstadt Wien – Campus und Prater . . . . . 353

Hubert Christian Ehalt

Die Universitäts- und Hochschulstadt Wien . . . . . 355

Christoph Badelt

WU (Wirtschaftsuniversität Wien) . . . . . 357

Gerald Bast

Universität für angewandte Kunst Wien . . . . . 359

Eva Blimlinger

Akademie der bildenden Künste Wien . . . . . 361

Heinz W. Engl

Universität Wien . . . . . 363

Martin H. Gerzabek

Universität für Bodenkultur Wien (BOKU Wien) . . . . . 365

Sonja Hammerschmid

Veterinärmedizinische Universität Wien (Vetmeduni Vienna) . . . . . 367

Werner Hasitschka

Universität für Musik und darstellende Kunst Wien (mdw) . . . . . 369

Michael Heritsch

FHWien der WKW . . . . . 371

Helmut Holzinger

Fachhochschule des bfi Wien . . . . . 373

Maria-Regina Knecht

Webster Vienna Private University . . . . . 375

Arthur Mettinger

FH Campus Wien . . . . . 377

---

|  |     |
|--|-----|
| Franz Patay<br>Konservatorium Wien Privatuniversität (KONSuni) . . . . .   | 379 |
| Ruth Petz<br>Pädagogische Hochschule Wien (PH Wien) . . . . .              | 381 |
| Alfred Pritz<br>Sigmund Freud Privatuniversität (SFU) . . . . .            | 383 |
| Fritz Schmöllebeck<br>Fachhochschule Technikum Wien . . . . .              | 385 |
| Wolfgang Schütz<br>Medizinische Universität Wien (MedUni Wien) . . . . .   | 387 |
| Sabine Seidler<br>Technische Universität Wien (TU Wien) . . . . .          | 389 |
| Axel Jungwirth<br>Ferdinand Porsche Fern-Fachhochschule (FernFH) . . . . . | 391 |
| Karl Wöber<br>MODUL University Vienna . . . . .                            | 393 |
| Alexander Zirkler<br>Lauder Business School (LBS) . . . . .                | 395 |
| <b>Zeittafel</b>   |     |
| Wissens- und Universitätsstadt Wien. Gründungen, Zäsuren, Aufbrüche .      | 399 |
| Liste der Interviews . . . . .   | 421 |
| Biografien der AutorInnen, Herausgeber und InterviewpartnerInnen . .       | 423 |



---

## Einleitung

In den letzten drei Jahrzehnten ist Wien im Hinblick auf universitäre Strukturen und Leistungen und ein kompetitives, wissens- und wissenschaftsfreundliches Klima zu einer Wissenschafts- und Forschungsstadt geworden. Diese Entwicklung dokumentiert sich in zahlreichen Gründungen, statistischen (Wachstums-) Daten, einem klaren Bekenntnis zu wissenschaftlicher Exzellenz und Wettbewerb und in einer wissenschaftsfreundlichen Haltung der Bürgerinnen und Bürger. Diese Entwicklung ist den Universitäten, der Stadtverwaltung und den Forscherinnen und Forschern selbst zu danken.

Die Geschichte der Universitäts- und Wissenschaftsstadt hat grob gesehen drei Phasen: Eine Phase der Kontinuität nach 1945, in der auch die Involvierung der Universitäten in das NS-Regime wenig bis gar nicht reflektiert wurde. Die Beziehungen zwischen der Wiener Stadtverwaltung und den Universitäten waren kühl, distanziert und durch geringes gegenseitiges Interesse geprägt. In einer zweiten Phase zwischen 1965 und 1985 erfolgte eine wechselseitige Öffnung und Annäherung. Man begann einander zu sehen und zu akzeptieren. Man war bereit, zu den eingeschliffenen, durch Vorurteile geprägten Wahrnehmungen des jeweils anderen auf Distanz zu gehen. Die Stadt Wien dotierte 1965 anlässlich des 600-Jahr-Jubiläums der Universität Wien die Hochschuljubiläumstiftung der Stadt Wien zur Unterstützung von Forschungsprojekten von Wiener Universitäten. Die inhaltliche und rechtliche Öffnung und Neuorientierung der Universität(en) in der Ära Kreisky machte aus der Ordinariuniversität (unter den Talaren der Mief von tausend Jahren) eine erneuerungsbereite Institution – nicht mehr nur für die höheren Töchter und Söhne – mit dem Willen zu Reform und Modernität. In der dritten Phase der Entwicklung ging die Beziehung, in der es bereits Akzeptanz und gegenseitiges Interesse gab, immer dynamischer in gut koordinierte Zusammenarbeit über, die nicht nur durch Förderung der Universitäten durch die Stadt, sondern durch gemeinsames Gestalten geprägt ist. In diesem erfolgreichen Miteinander verliert die Universität ihr Praxis- und die Stadt ihr Theoriedefizit. Man begegnet einander auf Augenhöhe.

Im Frühjahr 1987 veranstaltete die Kulturabteilung der Stadt Wien eine Enquete zum Thema »Wien, die Stadt und die Wissenschaft«. Im Vorfeld der Veranstaltung wurden alle Aktivitäten und Kooperationen, die es seitens der Stadt in Richtung Universitäten und Wissenschaft gab, erhoben. Der Erfolg des Festvortrages gab den Impuls für die »Wiener Vorlesungen«, die im Mai 1987 starteten. Bürgermeister Dr. Helmuth Zilk begann etwa zeitgleich, die Rektoren (damals nur Männer) zu einem Meinungsaustausch einzuladen. Der Erfolg dieser Initiative hat bewirkt, dass daraus ein Jour fixe wurde, der mit dazu beigetragen hat, dass die Hauptakteure auf beiden Seiten einander mit Vertrauen, gegenseitiger Wertschätzung und mit einem Bewusstsein der gesellschaftlichen Bedeutung ihres Zusammenwirkens begegneten.

In den 1990er Jahren und Anfang des 21. Jahrhunderts dynamisierte sich die Zusammenarbeit zwischen den Universitäten und der Stadtverwaltung. Die Stadt gründete in den Jahren 1997, 1998, 1999, 2000 und 2011 fünf Wissenschaftsförderungsfonds, die ständige Brücken zwischen den Universitäten und der Stadtverwaltung bilden. Die erfolgreichen Stadttechnologien arbeiten eng mit Universitätsinstituten zusammen und seit 2006 hat Wien eine FTI(Forschung, Technologie, Innovation)-Strategie entwickelt und beschlossen.

Die vorliegende Anthologie ist der Versuch, erstmals auf Basis von Interviews und von Beiträgen von Akteuren aus Wissenschaft und Politik die Entwicklung der Beziehungen und Wechselwirkungen zwischen der Stadt Wien und den hier ansässigen Universitäten seit 1945 zu dokumentieren und offen sowie kritisch zu analysieren. Ehemalige Rektoren wurden ebenso befragt wie hochrangige Wissenschaftsfunktionäre und PolitikerInnen, um einen durchaus auch subjektiven Blick – ausgehend von den eigenen Studienerfahrungen in Wien – festzuhalten und zum Ausgangspunkt intensiverer Reflexionen und Bewertungen zu machen.

Dieser Band wird von den Herausgebern bewusst als ein offener Reader zu einer modernen Wissenschaftszeitgeschichte verstanden, als Beginn einer intensiveren Beschäftigung mit dem Phänomen, dass sich Stadt und Universitäten in Wien erst langsam und abwartend zu engeren Kooperationen bereitgefunden haben. Zwar scheint die Etablierung der Hochschuljubiläumsstiftung 1965 durch die Stadt Wien anlässlich des 600-Jahres-Jubiläums der Universität Wien und des 150-jährigen Bestehens der Technischen Universität ein markanter Wendepunkt dieser freundlichen Distanz gewesen zu sein, aber wie die nachfolgenden Beiträge zeigen werden, ist es erst Ende der 1980er und in den 1990er Jahren gelungen, die Interaktionen und Wechselwirkungen, die zu einer Wissenschaftsregion führen können, auf verschiedenen Ebenen nachhaltig zu intensivieren.

Natürlich bedarf dieses komplexe Kapitel der Beziehungen zwischen der Stadtverwaltung in Wien und den Universitäten noch einer wesentlich umfas-

senderen Erforschung, die dieser Band auch in dem bewussten Bekenntnis zu seiner Lückenhaftigkeit anregen soll.

Trotzdem ist es den Beiträgerinnen und Beiträgern gelungen, eine erste reflexive Bestandsaufnahme dieser komplexen Interaktionsgeschichte zu entwickeln, die durch eine eigens recherchierte Zeittafel 1945–2014 »Wien wird wieder Wissenschaftsstadt« ergänzt wird. Diese wurde von den Herausgebern unter Mithilfe von Angelika Lantzberg, Susanne Strobl, Elisabeth Heimann und Theodor Venus anhand von Primärquellen und Sekundärliteratur zusammengestellt.

Die Herausgeber danken dem Verlag V&R unipress in Göttingen, insbesondere der Geschäftsführerin Susanne Franzkeit sowie Frau Anke Moseberg und Frau Ruth Vachek, für die trotz des Zeitdrucks und der Arbeitsintensität ausgezeichnete Kooperation. Besonders hervorgehoben soll die Mitarbeit von Theodor Venus werden, der die meisten Interviews durchgeführt hat, und die Unterstützung durch Elisabeth Heimann in der hektischen Endproduktionsphase.

Große Wertschätzung verdienen die Autorinnen und Autoren dieses Buches, die durch Ihre Artikel bzw. teilweise umfassend überarbeiteten Interviews ein kaum in der wissenschaftlichen Öffentlichkeit nachhaltig diskutiertes Themenfeld neu ausgelotet und damit wertvolle Analysen, Fakten und Thesen zur weiteren Bearbeitung und Diskussion erschlossen haben.

Wien, im Jänner 2015

Hubert Christian Ehalt

Oliver Rathkolb



## Wien und die Wissenschaft

Auf der Suche nach den Stärken der Wiener Wissensbasis stoßt man geradewegs auf die gut funktionierende Verbindung zwischen der Wiener Stadtverwaltung und den gegenwärtig zwanzig Wiener Universitäten, Privatuniversitäten und Fachhochschulen. An den hohen Schulen Wiens sind etwa 190.000 Studentinnen und Studenten inskribiert. Wien ist die größte Universitätsstadt im deutschsprachigen Raum.

Das universitäre Leben der Stadt entfaltet sich zwischen zwei Campusgeländen, die die Symbiose zwischen Stadt und Universitäten deutlich sichtbar machen: der Campus Altes Allgemeines Krankenhaus, den die Stadt Wien der Universität Wien für die Geisteswissenschaften geschenkt hat (eröffnet im Oktober 1998) und der neue, 2013 eröffnete Campus der Wirtschaftsuniversität Wien nächst dem Prater. Beide Campus-Gelände vermitteln das Flair der Lebenskulturstadt – Wien wurde im Mercer-Ranking fünfmal in Folge zur Stadt mit der höchsten Lebensqualität gewählt; sie vermitteln nicht nur einen sympathischen und gut organisierten Studienort, sondern auch einen internationalen Treffpunkt, der Facetten der alten Residenzstadt, des Roten Wien, der »vergessenen Stadt in einer Nische des Eisernen Vorhangs« und der aktuell boomenden Wissens-, Wissenschafts- und Kunststadt zusammenführt. Diese Facetten haben alle – historisch, funktional, kulturell und ästhetisch – miteinander zu tun. Ihr »Crossover« bewirkt, dass sich in Wien soziale und künstlerische Innovationen von gestern mit jenen von heute treffen. Das vielfach kommunizierte Bild der »gemütlichen Stadt« – immer mehr eine PR-Aktivität in einem superschnellen und kompetitiven Ambiente – regt jedenfalls eine inspirierende Ambivalenz an, in der und durch die aufblitzt, dass das Schöpferische Entfaltungszeit braucht.

Kreativität gedeiht auch »an den Rändern«. Frederic Morton hat bei den Wiener Vorlesungen 1990 einen Vortrag gehalten, der das fokussiert hat: Das provinzielle Wien, Geheimquelle des schöpferischen Wiens. Die ausgezeichnete produktive und expeditiv Beziehung zwischen der Stadt und den Universitäten ist etwa 30 Jahre alt. Auf der Seite der Stadt wurde sie von Bürgermeister Helmut

Zilk und Bürgermeister Michael Häupl, von den für Kultur und Wissenschaft verantwortlichen StadträtInnen Franz Mrkvicka, Ursula Pasterk, Peter Marboe, Bernhard Görg, Andreas Mailath-Pokorny und von den FinanzstadträtInnen Hans Mayr, Brigitte Ederer, Sepp Rieder und Renate Brauner uneingeschränkt gefördert. Auch die Direktoren der Magistratsverwaltung Josef Bandion (u. a. geschäftsführendes Vorstandsmitglied der Boltzmann Gesellschaft), Ernst Theimer (u. a. Universitätsratsvorsitzender der Wirtschaftsuniversität) und Erich Hechtner (Vorstandsmitglied dreier Wissenschaftsförderungsfonds der Stadt Wien für Universitäten und für die Österreichische Akademie der Wissenschaften) haben die Wissenschaftsstadt mit Überzeugung unterstützt.

Auf der Seite der Universitäten begegneten der Stadt Wien mit zahlreichen RektorInnen Persönlichkeiten, die an der neuen Partnerschaft sehr interessiert waren. Wilhelm Holczabek (Rektor der Universität Wien von 1985 bis 1989) unterzeichnete mit dem damaligen Bürgermeister Helmut Zilk den Schenkungsvertrag, durch den die Universität Wien Eigentümerin des Areals des Alten Allgemeinen Krankenhauses wurde. Rektor Alfred Ebenbauer war der Wegbereiter der Öffnung der Universität(en) hin zur Stadt. Er vertrat dabei vorrangig nicht nur die Partialinteressen der Universität Wien und der anderen Universitäten, er dachte und handelte als Citoyen und hatte stets eine kultur- und wissenschaftspolitische Perspektive, in der die Zusammenarbeit, besser das Zusammenwirken von Stadt und Universitäten einen besonderen Stellenwert genoss.

In den 1990er Jahren des 20. Jahrhunderts, im Zuge der Umgestaltung des Alten Allgemeinen Krankenhauses in einen Universitätscampus, wuchsen die Stadt Wien und die Universität Wien mit der Bewältigung der Aufgabe, die alten Kliniken zu einem gleichermaßen modernen, funktionalen und für die ForscherInnen und StudentInnen auch wohnlichen Gebäudekomplex zu machen, zusammen. Die stadtplanerische Aufgabe bestand in der Gestaltung eines Begegnungsfeldes zwischen urbaner und universitärer Öffentlichkeit. Der Campus AAKH hat sich in den 17 Jahren seines Bestehens zu einer urbanen Schnittstelle zwischen der Stadt und den Universitäten entwickelt. Viele Persönlichkeiten haben an dem Gelingen dieses Projektes mitgewirkt. An vorderster Stelle sind die Namen von Alfred Ebenbauer, Wolfgang Greisenegger, der zum Zeitpunkt der Eröffnung des Campus Rektor war, und des langjährigen Dekans der Geisteswissenschaftlichen Fakultät, Franz Römer, zu nennen. Die Rektoren Georg Winckler und Heinz Engl haben die Zusammenarbeit mit der Stadt Wien ambitioniert und erfolgreich weitergeführt und vertieft.

Die Stadt Wien erkannte in zahlreichen Gesprächen, die seit Anfang der 1990er Jahre in wachsender Häufigkeit zwischen MitarbeiterInnen der Stadt Wien und solchen der Universitäten stattfanden, dass die Universitäten nicht nur budgetäre Last für einen schwer wägbaren wissenschaftlichen Erfolg für die

Bundesverwaltung sind. Bis Mitte der 1980er Jahre reagierte die Stadt Wien, wenn von Agenda des Bundes die Rede war, mit einem wenig interessierten Achselzucken, mit einer abweisenden Reflexantwort: »Dafür ist der Bund zuständig«. Es gab wohl seit 1965 die von der Stadt Wien für Forschungen der Universität Wien ins Leben gerufene Hochschuljubiläumstiftung und die Förderungen der Kulturabteilung der Stadt Wien für Wissenschaft und Forschung in Gestalt von Stipendien, Preisen und Projektförderungen. Das sicherte eine gewisse distanzierte, aber eher kühle Wertschätzung der Stadt durch die Universitäten, die diese Unterstützungen als zu gering qualifizierten. Aber im Großen und Ganzen fühlte sich die Stadtverwaltung von den Budgetproblemen der Universitäten nicht betroffen.

## Eine Erfolgsgeschichte

Anfang der 1990er Jahre wurde auch Österreich von den Ideen und Diskussionen über das so genannte »Wissensmanagement« erreicht, das in den Folgejahren die Gestaltung einer neuen Wissenschafts(förderungs)politik entscheidend prägen sollte. Der Hauptsatz des Wissensmanagements lautet, dass die Teilung des Wissens (durch Kommunikation, Teamwork, Vernetzung) seine Verdoppelung bedeutet. Es wurde erkannt und postuliert, dass nicht nur Individuen informiert oder nicht informiert, intelligent oder nicht intelligent sein können, sondern auch Institutionen. Es galt also, Institutionen fit für den Wettbewerb um Standortvorteile und in internationalen Rankings zu machen. Rasch wurde klar, dass Wissen und Wissenschaft – Humanressourcen, Knowhow und Exzellenz – jene Vorteile verschaffen, die im Standortwettbewerb entscheidend sind.

Es gab wohl schon vorher anwendungsorientierte Forschung, die durch den Fonds der gewerblichen Wirtschaft gefördert wurde. Ein Bewusstsein über die wissenschaftliche und wirtschaftliche Bedeutung anwendungsorientierter Forschung entstand jedoch erst mit dem raketenhaften Aufstieg der Life Sciences. Die Wiener Erfolgsgeschichte der »Lebenswissenschaften« dokumentiert sich im »Campus Vienna Biocenter«, der exzellente Forschungseinrichtungen im Bereich der Biowissenschaften und anwendungsorientierte industrielle Forschungsinstitutionen und Unternehmen zu einem Cluster zusammenschließt. Gegründet wurde das Biocenter im Stadtteil St. Marx im Jahr 1988 mit der Ansiedlung des Forschungsinstitutes für Molekulare Pathologie (IMP).

Mit dem Erfolg anwendungsorientierter Forschung erwachte – über die Hochschätzung der in Wien so bedeutenden Geistes-, Kultur- und Sozialwissenschaften hinaus – noch ein weiteres substantielles Interesse der Stadt für die Wissenschaft. Die Stadtpolitik erkannte, dass Wissenschaft und eine erfolgreiche Zusammenarbeit zwischen Wissenschaft und industrieller Anwendung ein

Modernisierungsimpuls sein kann; war doch die Wirtschaft in Wien, der ehemaligen Residenz- und Luxuskonsumhauptstadt mit ihrem Primat in den Klein- und Mittelunternehmungen, immer eher rückständig, traditionsgeleitet und innovationsfeindlich. Die Stadt konnte also hoffen, mit der Kooperation mit innovativer Wissenschaft auch die Wirtschaft innovationsfreundlicher und damit zukunftsfähiger zu machen.

So war der Boden für eine neue fruchtbare Begegnung von Wissenschaft, Wirtschaft und urbaner Kultur seit der zweiten Hälfte der 1980er Jahre vorbereitet. Seit 1986 lud der Wiener Bürgermeister die Rektoren (damals nur Männer) der Wiener Universitäten und Hochschulen zu einem regelmäßigen Meinungsaustausch ein. Im April 1987 veranstaltete die Kulturabteilung der Stadt Wien ein Symposium zum Thema »Wien – die Stadt und die Wissenschaft«. Vorausgegangen war dieser Tagung eine Erhebung aller Wissenschaftsbezüge, aller Forschungen im Bereich des Magistrates und aller Forschungsk Kooperationen zwischen der Stadt Wien und universitären Einrichtungen. Die Ergebnisse dieser Erhebung zeigten, dass es schon damals, vor fast 28 Jahren, eine ergebnisreiche Zusammenarbeit vor allem im Bereich technischer Fachabteilungen der Stadt Wien gab.

Den Festvortrag des Symposiums hielt der international renommierte Soziologe René König über die Bedeutung, die Wissenschaft für Wien haben könnte. König gab der Stadtpolitik damals einen Ratschlag: sie möge ihre Universitäten einnisten. René König, der Wien als Gastprofessor und als polyglotter hochgebildeter Mann sehr gut kannte, meinte damit, dass die Stadt, die eine historische Karriere als Haupt-, Residenz-, Luxuskonsum- und Kunststadt hinter sich hatte, anstreben sollte, eine Universitätsstadt und eine intellektuelle Stadt zu werden. Die Universitäten, die in der höfischen »Hauptstadt der Gegenreformation« immer etwas Fremdes, »Exterritoriales« an sich hatten, sollten – so René König damals – Keimzellen einer lebendigen, innovativen, studentoffenen Stadt werden.

Die Stadt Wien hat diesen Rat Königs ernst genommen. Das Ende des Ost-West-Konfliktes, der Fall des Eisernen Vorhangs, der Beitritt Österreichs zur Europäischen Gemeinschaft und die Osterweiterung der EU sind Wien dabei entgegen gekommen. Die Stadt hat jedenfalls in den 10er Jahren des 21. Jahrhunderts in ihrer neuen Bedeutung einer gleichermaßen großen und wichtigen wissenschaftlich-universitären Drehscheibe die Rolle einer Universitätsstadt eigenständig, aktiv, selbstbewusst und erfolgreich eingenommen.

Der Erfolg, den der Vortrag von René König vor einem großen Publikum vor allem als ein Impuls für viele angeregte und anregende Gespräche hatte, inspirierte die Gründung der »Wiener Vorlesungen«, einer gleichermaßen wissenschaftlich fundierten wie kritischen Auseinandersetzung mit aktuellen Themen. Die Wiener Vorlesungen, deren Programmierung von Beginn im Mai 1987 bei

mir lag, waren als Stadtgespräche im Rathaus geplant. Das Rathaus – sonst Ort kommunalpolitischer Willensbildung, von Stadtpolitik und von Stadtverwaltung – sollte sich regelmäßig für Bürgerinnen und Bürger öffnen, um Vorträge bedeutender Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler zu hören und zu diskutieren. Die Idee war – übrigens ähnlich wie beim Collège de France – wissenschaftliche Diskurse zu einem wesentlichen und Impuls gebenden Teil öffentlicher Diskurse zu machen. Wissenschaft sollte aus einer randständigen in eine zentrale Position in der Öffentlichkeit gerückt werden.

## Binnenstrukturen

Die Strukturen der Stadtverwaltung waren bis in die 1980er Jahre hierarchisch orientiert. Die Dienstklassen und die vertikale Struktur waren das Wichtige und Entscheidende. Beförderungen und Ernennungen wurden in der MitarbeiterInnenzeitung und im Amtsblatt – unter Nennung des Geburtsdatums, was heute nicht mehr politisch korrekt ist – penibel dokumentiert.

Die Begriffe »Querschnittsmaterie«, »abteilungsübergreifend«, »Projekt« und »projektbezogen« bürgerten sich erst in den 1990er Jahren ein. Die Stadtverwaltung, das waren die Magistratsabteilungen. Von der Bevölkerung wurde die Stadtverwaltung, die »Gemeinde Wien«, die »Gmoa« als Behörde wahrgenommen; eine strenge Autorität, die sich nicht immer an den Wünschen und Bedürfnissen der Bürgerinnen und Bürger orientierte. Die Arbeit der Gemeinde und bei der Gemeinde war bis in die 1980er Jahre qualitativ, verlässlich, aber mehr an den Akten als an den Menschen orientiert. Die Akten wurden nach ihrem Abschluss und vor ihrer Ablage noch zusammengenäht.

Es gab innerhalb dieser Stadtverwaltung große Leistungen und große Persönlichkeiten auf der beamteten und auf der politischen Ebene. Das waren Persönlichkeiten mit Bildung und Autorität, die bisweilen dem Typus eines patrimonial-patriarchalen Charakters entsprachen.

Die Beamtinnen und Beamten der Gemeindeverwaltung hatten bis Mitte der 1990er Jahre – ähnlich wie jene der Verwaltung der k. u. k. Monarchie – eine Dienstklassenmentalität, die der vertikalen Gesamtstruktur entsprach. Wie in der Armee gab es noch das dienstklassenbezogene Du-Wort – »Du Herr Major«, »Du Herr Senatsrat«. Die Beförderung in die Dienstklasse VIII (Amtstitel Senatsrat) war die Anerkennung der Vollwertigkeit. Im Selbstverständnis der dienstklassenorientierten Institution war die Dienstklasse VIII symbolischer Ausdruck »dazu zu gehören«. Die Universität war in dieser Hinsicht nicht viel anders. Ein bedeutender Gelehrter seines Faches – als scharfer, manchmal untergriffiger Zyniker bekannt – kommentierte die Habilitation, den Erwerb der Lehrbefugnis, als die »akademische Menschwerdung«. Als Senatsrat und als

Universitätsdozent hatte man die Hürde zu einer Karriere in der Stadtverwaltung bzw. an der Universität genommen.

Zur Ehrenrettung der Universität möchte ich dazu auch eine andere Geschichte erzählen: Wendelin Schmidt-Dengler (1942–2008) gratulierte mir zu meiner Habilitation mit den gleichermaßen freundlichen und kollegialen Worten: »Jetzt bist du dabei, die Habilitation ist die letzte Hürde, die du in der akademischen Welt aus eigener Kraft nehmen kannst! Auf weitere gute Zusammenarbeit«.

Das Rathaus war bis in die 1990er Jahre merkbar und sichtbar eine Behörde, deren Schwellen man nicht freiwillig, und schon gar nicht gerne überschritt. Die Bewachung der Eingänge durch die Rathauswache machte die Grenze zwischen amtlicher und urbaner Öffentlichkeit sinnfällig deutlich. Jenseits dieser Grenze regierte ein Amt, das traditions- und amtsbewusst geleitet wurde nach der dreifaltigen Maxime: »Des (das) woa (war) scho (schon) imma (immer) so...«, Wo würden wir hinkommen, wenn wir die Traditionen durchbrächen (»wo kummat ma do hin?«), und was und wer könnte eine Durchbrechung legitimieren? »Do kennt jo jeda kumma«.

Die Universität der 1960er und 1970er Jahre war der Stadtverwaltung im Hinblick auf manche Strukturmerkmale ähnlich. Nach außen war sie abgeschottet. Bis zur Aufhebung der Studiengebühren und der Öffnung der Universität für bildungsferne Schichten in der Ära Kreisky war sie eine bürgerlich-konservative Institution. Das Selbstbild ihrer ProtagonistInnen war die Gestaltung einer elitebewussten Bildungseinrichtung für die höheren Söhne und Töchter. Grundsätzlich war die Universität offen, tatsächlich waren es im Regelfall nur (vor allem männliche) Akademikerkinder, die die Universität besuchten.

Die Universitätsrampe der Alma Mater hatte für die Bürgerinnen und Bürger der Stadt, die dort nicht studiert hatten und dort nicht ihren Arbeitsplatz hatten, etwas Abweisendes. Es wäre wohl kaum jemandem eingefallen, die Schwelle der »heiligen Bildungshallen« aus Interesse und Neugierde am Universitären zu überschreiten. Bildung und Universität waren bis weit in die 1970er Jahre stärker an Autorität an der und von der »Lehrkanzel« orientiert; sie waren nicht ein freier Ort »herrschaftsfreier« Neugierde.

Joseph II. hatte in seinen Hirtenbriefen Beamte gefordert, deren Handeln sich an der Sache und an den Argumenten und nicht am Dienstrang orientieren sollte. Der Weg zu einem herrschaftsfreien Diskurs, wie ihn Jürgen Habermas für die Wissenschaft, für an Wahrheit orientierte Erkenntnis forderte, war auch in Wien sehr steinig.

An der Wiener Universität der 1950er und 1960er Jahre begegneten sich der Herr Professor (im Regelfall ein Mann), der Herr Assistent, der Herr Doktor (im Regelfall auch ein Mann) und der Student, der Herr Kollege (ebenfalls männ-

lich). Professor, Doktor und Kollege waren Standeswelten, die Lichtjahre voneinander trennten. Obwohl ja alle AkteurInnen an der Universität KollegInnen waren, wäre es ein grober Normenverstoß gewesen, wenn der Student zu dem Assistenten »Herr Kollege« gesagt hätte. Die Anrede des Professors als »Kollege« von einem / einer Angehörigen der Studentenschaft wäre als größte Frechheit gewertet worden. Den Frauen wurde nicht selten von den Professoren empfohlen, sich »ihren« Doktor oder Magister am »Standesamt zu erwerben«.

Der Vergleich der Verhaltensregeln der Universität mit jenen der Stadt zeigt viele Parallelitäten auf. Die Beziehungen an der Universität waren auch nach dem Zweiten Weltkrieg patriarchalisch-patrimonial, dem feudalen Prinzip nicht unähnlich, bisweilen theokratisch. Die »Ordinarien«, die Meister ihres Faches, trafen die Entscheidung für »ihren« Assistenten, für den Kollegen/die Kollegin, die sie zu habilitieren beabsichtigten, im Regelfall unter Ausschluss einer demokratischen Diskussion. Es gab allerdings auch in ihrem Verhalten und in ihrer Haltung demokratisch orientierte Ausnahmerecheinungen – fair, klar, im besten Sinn kollegial. Ähnlich war es in der Stadtverwaltung, die auf vertikal orientierte hierarchische Beziehungen und nicht auf projektbezogene Arbeit und Teamwork setzte. Entscheidende Änderungen, die im Bereich der Stadt die KundInnen und im Bereich der Universitäten die StudentInnen in den Mittelpunkt rückten, zeichneten sich in der Stadt und an der Universität seit den 1990er Jahren ab. Im Bereich der Stadtverwaltung waren es die Evaluierung der Strukturen durch externe Consulter, im Bereich der Universitäten war es die Managementaufgabe, aus dem Bereich des ehemaligen Allgemeinen Krankenhauses einen Universitäts-Campus zu gestalten. Sowohl die Stadt als auch die Universität(en) »lernten« am Ende des 20. Jahrhunderts ihre Zukunftsaufgaben.

## Status quo und Perspektive

Die Stadtverwaltung und die Universitäten haben sich in den letzten 20 Jahren von einem hierarchischen, an Dienstklassen und Titeln orientierten Handeln verabschiedet. In beiden Institutionen stehen heute die »KundInnen« – BürgerInnen und StudentInnen – und die hervorragende Leistung im Mittelpunkt. Als ForscherIn muss man exzellent publizieren in Zeitschriften mit hohem Impact Factor. Von den UniversitätslehrerInnen wird hervorragende Lehre erwartet. Die Stadtverwaltung überprüft konsequent, welche Aufgaben und Leistungen besser im Magistrat oder in auf Wettbewerb und ökonomischen Erfolg orientierten wirtschaftlichen Unternehmungen erbracht werden können. In beiden Institutionen sind Leistungs- und Ergebnisorientierung, Wirtschaftlichkeit und Anwendbarkeit wichtig. Selbst große und traditionsreiche Forschungsinstitutionen verstehen ihre Forschungen als »anwendungs offen« und

sehen die Unterschiede zwischen Grundlagenforschung und anwendungsorientierter Forschung als weniger gravierend an. Die Zusammenarbeit zwischen städtischen Einrichtungen und Universitätsinstituten bei Forschungsprojekten wird daher stets einfacher, friktionsfreier und erfolgreicher.

Der vorliegende Band zeigt anhand von Texten und Interviews leitender AkteurInnen die Auseinandersetzung, die Kooperation und das Zusammenwachsen zweier großer Institutionen. Stadt und Universitäten haben in den letzten Jahrzehnten eine höchst erfolgreiche Form gefunden, zum Nutzen der Forschung und der Studentinnen und Studenten und zum Wohl der Bürgerinnen und Bürger zusammenzuarbeiten.

---

Oliver Rathkolb

## **Universitäten in Wien nach 1945 – 1965. Zwischen Rückbruch, Wiederaufbau und der Suche nach Internationalität**

In der Universitätsgeschichte meist marginalisiert ist die Tatsache, dass es Studentinnen und Studenten waren, die ersten Aktivitäten zur Wiederaufnahme eines Universitätsbetriebes nach der Befreiung Wiens setzten, wie der spätere Bundesminister für Wissenschaft und Forschung, Hans Tuppy, ein Spitzenchemiker, der auch für den Nobelpreis nominiert worden war. Tatsächlich agierte aber bereits seit 15. April – zwei Tage nach der Befreiung Wiens durch die Rote Armee – eine Gruppe von Professoren und Studierenden, die den Professor für Alte Geschichte, Josef Keil, zum provisorischen Rektor akklamierte. Dieser berief am 25. April eine allgemeine Hochschulversammlung aller politisch nicht als NSDAP-Funktionäre belasteten ordentlichen und außerordentlichen Professoren sowie Vertreter der Privatdozenten ein, die in weiterer Folge auf der Basis des Reichsgesetzes, betreffend die Organisation der akademischen Behörden aus 1873 initiativ wurden und den Rektor wählten. Einfache NSDAP-Mitglieder waren nicht von der Wahl ausgeschlossen. Am 2. Mai bestätigte Staatssekretär Ernst Fischer diese Wahl<sup>1</sup>. Damit wurde die revolutionäre Phase beendet, in der anfangs Studentinnen und Studenten um den höchst aktiven Kurt Schubert, den späteren Ordinarius für Judaistik dominierten<sup>2</sup>; die Abhängigkeit der Universität Wien vom Staat war wieder hergestellt – mit einem Rückgriff auf altbewährte traditionelle Regelungen und Hierarchien. Eine Gruppe von politisch nicht während des Nationalsozialismus hervorgetretenen Universitätslehrern setzte sogar einen revolutionären Akt durch die Wahl des

---

1 Sascha Ferz, *Ewige Universitätsreform. Das Organisationsrecht der österreichischen Universitäten von den theresianischen Reformen bis zum UOG 1993*, Frankfurt/Main 2000, 324. Der erste Teil dieses Kapitels beruht auf einer stark überarbeiteten Fassung meines Beitrags »Die Universität Wien und die ›Hohe Politik‹ 1945 bis 1955«, in: Margarete Grandner, Gernot Heiss, Oliver Rathkolb (Hrsg.): *Zukunft mit Altlasten. Die Universität Wien 1945 bis 1955*. Wien 2005, 38 – 45. In diesem Buch finden sich zahlreiche vertiefende Beiträge zur Geschichte der Universität Wien nach 1945.

2 Kurt Schubert, *Die Wiedereröffnung der Universität Wien im Mai 1945*, Wiener Universitätsreden NF 1, Wien 1991.

Juristen Ludwig Adamovich zum Rektor am 25. April 1945 – zwei Tage vor der Proklamation der Provisorischen Staatsregierung Renner, die letztlich ebenfalls als revolutionärer Akt zu interpretieren ist. Adamovich selbst entsprach primär dem Bild des Universitätsprofessors vor 1938. Geboren 1890 war er als Universitätsprofessor in Prag, Graz und Wien tätig und bekleidete unter dem Schuschnigg-Regime vor dem »Anschluss« 1938 auch kurzzeitig das Amt des Justizministers und war eher monarchistisch eingestellt. Er galt als vorsichtiger Kritiker der Auflösung der demokratischen Strukturen, obwohl er sich letztlich geräuschlos in das autoritäre System einfügte und in seinen Publikationen den Eindruck erweckte, als gäbe es diesen radikalen Einschnitt nicht.

Die Zielrichtung war klar: Durch eine Stärkung der konservativ-katholischen Kräfte an den Hochschulen sollten die traditionell starken konservativ-deutschnationalen Kräfte und die ehemaligen Nationalsozialisten bzw. rechten Deutschnationalen zurückgedrängt werden. Dass diese Zielvorgabe mangels »Ersatzelitenpolitik« (beispielsweise durch eine rasche Integration von vertriebenen WissenschaftlerInnen oder externen jüngeren Lehrkräften) von vornherein scheitern musste, erkannte der für die Hochschulen zuständige kommunistische Staatssekretär Ernst Fischer selbst gegen Ende seiner Amtszeit: »[...] dass man auf der einen Seite die Hochschulen ernsthaft von dem Nazigeist säubern, auf der anderen Seite aber trachten muss, dass das österreichische Kulturleben einen möglichst geringen Schaden erleide«<sup>3</sup>. So konzentrierte er seine politischen Appelle auf einen Elitenwechsel an der Philosophischen Fakultät, an der »letztlich auch Weltanschauung unterrichtet werde«, während hingegen an den medizinischen und technischen Fakultäten »gegenüber ehemaligen Naziprofessoren, wenn sie nicht besonders belastet sind, in gewisser Weise großzügig« vorgegangen werden sollte (Stumpf 1997: 258).

Die Studierenden waren aber nach diesen semi-revolutionären Entwicklungen rasch wieder in kontrollierter Unterordnung eingereiht worden, wobei sogar ohne Vorbehalte auf ein Gesetz aus der Zeit der Kanzlerdiktatur Schuschniggs zurückgegriffen wurde, das Hochschulermächtigungsgesetz, nachdem mit 28. Mai 1945 alle reichsdeutschen Gesetze, Verordnungen und Erlässe in diesem Bereich aufgehoben worden waren<sup>4</sup>. Noch 1955 wurde dieses Gesetz aus 1935 als »Höhepunkt der Hochschulverwaltung« bezeichnet, wobei nicht erwähnt wurde, dass Studierende sich einer »staatsfreundlichen« Hochschulerziehung zu unterziehen und Hochschullehrer dafür zu sorgen hatten, dass sich die Eltern

---

3 zitiert nach Robert Stumpf, Ernst Fischer als Staatssekretär für »Volksaufklärung, Unterricht und Erziehung und Kulturangelegenheiten« (1945): Versuch einer politischen Biographie unter struktur- und institutionengeschichtlichen Gesichtspunkten, Diplomarbeit, Universität Wien 1997, 258.

4 Ferz, Ewige Universitätsreform, 325.

der StudentInnen »nicht staatsfeindlich« betätigten. Eine moderne studentische Selbstverwaltung sah anders aus.

Dieser klare autoritäre Rückbruch wurde aber von heftigen Auseinandersetzungen mit Neonazistischen Vorfällen überlagert. Während des Wahlkampfes war es zu Kontroversen auf Universitätsboden gekommen, da mit offen nationalsozialistisch und deutschnational unterlegter Polemik Wahlveranstaltungen gestört wurden. Eine Gegendemonstration am Wahltag, organisiert vom Landesverband Wien ehemals politisch verfolgter Antifaschisten, führte kurzfristig sogar zur Sperre des Universitätsgebäudes durch den Rektor, die aber in der Folge vom Unterrichtsministerium wieder aufgehoben wurde. Unmittelbar nach den Vorfällen veranlasste Unterrichtsminister Felix Hurdes, selbst überlebender Konzentrationslagerhäftling, eine neuerliche Überprüfung der Studierenden hinsichtlich ihrer NS-Vergangenheit, wobei auch alle Offiziere der ehemaligen deutschen Wehrmacht hinsichtlich ihrer politischen Vergangenheit befragt wurden<sup>5</sup>. Die Wahlbeteiligung war aber mit 77 Prozent der Wahlberechtigten sehr hoch gewesen. Österreichweit hatte die ÖVP-nahe Freie Österreichische Studentenschaft bei 82 Prozent Wahlbeteiligung drei Viertel der Stimmen erreicht, der VSStÖ 22 Prozent und die Kommunisten drei Prozent.

Die Beziehungen zur Stadt Wien, mit einem sozialdemokratischen Bürgermeister, Theodor Körner, und einem Kommunistischen Kulturstadtrat, Viktor Matejka, blieben aber aufgrund des konservativen Rückbruches auf Professorenebene sowie Auseinandersetzungen über die Entnazifizierungspolitik der Universität Wien gespannt. Eher engagierte sich die Stadt bei der Koordinierung des Wiederaufbaus – das Universitätsgebäude hatte mehr als 20 Bombentreffer erhalten und ein Teil der juristischen Fakultät war völlig zerstört worden und bei der Etablierung einer Gegenuniversität, dem Institut für Wissenschaft und Kunst, das im Jänner 1946 eröffnet wurde.

1947 begann eine erste konkrete Förderungsschiene der Stadt Wien zugunsten von Universitätsangehörigen im Rahmen der Stiftung zur Förderung auf den Gebieten Musik, Literatur, Bildhauerei, Graphik und angewandte Kunst, Architektur, Kunsthandwerk und Wissenschaft und Volksbildung durch Vergabe jährlicher Preise (je 5.000 Schilling). Preisträger im Bereich Wissenschaften waren 1947–1950: Leopold Wenger, Lise Meitner, Richard Pittioni, Friedrich Heer, Georg Wagner, Charles Gulick und Leopold Schönbauer. In den folgenden Jahren engagierte sich die Stadt vor allem bei dem Versuch, ausgehend von den Erfahrungen von Exilanten in Großbritannien eine staatliche Forschungsförderungsinstitution zu etablieren, wie die von Bürgermeister Theodor Körner eröffnete »Enquete über die Lage des wissenschaftlichen Lebens in Österreich« im Festsaal des Rathauses am 14.11.1948« beweist. Die nach dieser Tagung

---

5 Arbeiter-Zeitung, 7. Dezember 1946.

veröffentlichte Denkschrift mündete 1949 in dem »Entwurf eines Bundesgesetzes über den Österreichischen Forschungsrat«.

Seit 1950 wurden auch die konkreten finanziellen Förderungsmaßnahmen deutlich erhöht und auf den Bereich von wissenschaftlichen Publikationen ausgeweitet – mit einem jährlichen Gesamtbetrag von 250.000 Schilling an den »Notring der wissenschaftlichen Gesellschaft Österreichs«, der bis 1960 auf 380.000 Schilling erhöht wurde. Ab 1955 wurden überdies finanzielle Zuschüsse für internationale wissenschaftliche Großveranstaltungen und Gastvorträge zur Verfügung gestellt: So für »Gastvorträge ausländischer Gelehrter in Wien« 270.000 Schilling. Weitere alljährliche Einzelförderungen gingen an mehrere wissenschaftliche Institute (z. B. die Akademie der Wissenschaften, aber auch die Arbeitsgemeinschaft für die Geschichte der österreichischen Widerstandsbewegung und die Theodor-Körner-Stiftung). Das Volumen der Wissenschaftsförderung der Stadt Wien betrug Anfang der 1960er Jahre rund 1 Million Schilling und wurde bis 1964 verdoppelt, darunter Förderungen für ausgewählte Forschungsexpeditionen. Die Schaffung des »Dr. Adolf Schärf-Stipendienfonds«, der mit 1 Million Schilling dotiert wurde, und eines »Dr. Adolf Schärf-Fonds zur Förderung der Wissenschaft« sollten die Einzelförderung sowohl im Stipendienbereich für Studierende als auch für ForscherInnen erhöhen. Dazu kommt auch ab den 1960er Jahren ein erhöhter Investitionszuschuss der Stadt für den Bau von StudentInnen-Wohnheimen. Im Rahmen der 1960 gegründeten ausseruniversitären Ludwig Boltzmann Gesellschaft zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung engagierte sich die Stadt Wien ab 1965 intensiv – so bei der Errichtung einer neuen wissenschaftlichen Forschungsstätte in Wien. Vor 1967 hatte die LBG vom Bund jährlich rund 6 Millionen Schilling Jahresbudget erhalten, die ab 1967 aber aus politischen Gründen – die LBG galt als SPÖ-nah – von der ÖVP Regierung unter Bundeskanzler Klaus eingestellt wurde. Die Stadt Wien rettete die Boltzmann-Gesellschaft mit einer Erstsubvention von 1,5 Millionen Schilling.<sup>6</sup> Höhepunkt der forschungsrelevanten Förderungs politik war aber die Errichtung Hochschuljubiläumstiftung der Gemeinde Wien am 6. März 1965 anlässlich des 600-jährigen Bestandes der Universität Wien und des 150-jährigen Bestehens der Technischen Universität. Seit 1965 wurden über 2.000 wissenschaftliche Projekte in einem Gesamtausmaß von rund 165 Millionen Schilling (rund 11,99 Millionen Euro) gefördert.

---

6 Rupert Pichler, Michael Stampfer, Reinhold Hofer, Forschung, Geld und Politik. Die staatliche Forschungsförderung in Österreich 1945–2005, Innsbruck-Wien-Bozen 2007, 192.

---

## **Studieren in Wien**



## Studieren in Wien ab 1955

In den folgenden Erinnerungen an die Studienzeit liegt der Schwerpunkt der Reflexion im ersten Teil auf den nach wie vor autoritären Strukturen der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg und einer den Universitätsalltag dominierenden primär männlichen Professorenschaft bis weit in die 1960 Jahre hinein. Gleichzeitig boten aber diese starren Strukturen bei entsprechender Lernorganisation relativ viel Zeit für zusätzliche Aktivitäten und Bildungsangebote. Internationalität war nur punktuell spürbar, innerhalb der Studierenden dominierten Österreicher und Österreicherinnen. Hatte der AusländerInnenanteil (auch aufgrund der Nachwirkungen der Flüchtlingswellen des Zweiten Weltkrieges) 1955/56 noch 23 % betragen, war er bereits 1980/81 auf 10 % gesunken – nach einem Zwischenhoch von 27 % 1960/1961.<sup>1</sup> Dieser Wert hielt bis in die 1990er Jahre hinein. Heute sind es wieder rund 25 %, die aber auch neue Herausforderungen an die Wissenschaftspolitik stellen. Der Hochschulbeauftragte der Stadt Wien, Alexander Van der Bellen, wies ebenfalls 2014 darauf hin, dass am Hochschulstandort Wien jeder Vierte der rund 190.000 Studierenden eine ausländische Staatsbürgerschaft hat (meist aus Deutschland und Südosteuropa).<sup>2</sup> Gleichzeitig fordert Van der Bellen eine stärkere Internationalisierung durch konkrete strategische Konzepte, um Studierende aus der ganzen Welt nach Wien zu holen und hier auch besser und nachhaltiger zu integrieren.

Insgesamt gesehen hat sich die Zahl der Studierenden in Österreich seit 1955/1956 (19.124) verzehnfacht mit 217.543 StudentInnen 1992/1993, wobei vor allem die Phase ab 1969 mit einem Ausgangswert von 51.000 Studierenden eine Beschleunigung mit sich brachte – mit einem Höhepunkt gegen 1985 und einer langsamen Verflachung der Zuwächse. Auch der Anteil an Frauen nahm deutlich zu: von 20 % auf 45 % 1993/94. Hingegen blieb die Zahl der tatsächlichen AbsolventInnen hinter dem Anstieg an Zugängen zurück – 1955/56 2.970 Absol-

---

1 István Bessenyei, Josef Melchior, Die Hochschulpolitik in Österreich und Ungarn 1945 – 1995. Modernisierungsmuster im Vergleich, Frankfurt/Main 1996, 28.

2 Kurier, 8.7. 2014.

ventInnen, 1992/93 11.942 AbsolventInnen. Letztlich bedeutet dies aber, dass trotz der hohen Zugangszahlen nur relativ wenige (gerechnet auf die Gesamtjahrgangsbevölkerung) in den 1990er Jahren tatsächlich fertig studiert haben – und Österreich damit auch international weit hinter vergleichbaren Staaten landete.<sup>3</sup>

Verlassen wir die statistische Analyse, zeigt sich in dem politischen Kontext durchaus ein interessantes Bild. In einer Broschüre der Österreichischen Hochschülerschaft 2005 anlässlich des sechzigjährigen Bestehens der ÖH<sup>4</sup> wurde eine sehr treffende Kapiteleinteilung entwickelt, die die gesellschaftspolitischen Rahmenbedingungen gut beschreibt. Während die Rekonstruktionsphase nach 1945 vor allem durch den Wiederaufbau und der Einführung demokratischer Wahlmöglichkeiten der StudentInnenvertretung geprägt war, stand bereits in den 1950er Jahren die soziale Lage und das Thema von Studiengebühren im Fokus der hochschulpolitischen Debatte und des Interesses. Obwohl es keine vergleichbare heftige StudentInnenbewegung wie in Paris oder Berlin um 1968 gegeben hat, so artikulierte sich doch der breitere Protest gegen die autoritären Arbeits- und Forschungsbedingungen an der Universität – mit besonderem Fokus auf Wien. Wie bereits 1946 war der Auslöser von Massendemonstrationen die Auseinandersetzung mit der NS-Vergangenheit: 1946 waren es NS-Revisionisten während des Hochschülerschaftswahlkampfes an der Universität Wien, 1962 – 1965 sollten wiederholte antisemitische Aussagen eines Professors an der Hochschule für Welthandel, Taras Borodajkewycz, letztlich zu Demonstrationen führen, bei denen ein ehemaliger Widerstandskämpfer, Ernst Kirchwegger, von einem schlagenden Burschenschaftler niedergeschlagen wurde und an seinen Verletzungen verstarb.

Zwar blieb es 1968 – abgesehen von der aktionistischen Intervention von Günter Brus, Otto Muehl, Peter Weibel und Oswald Wiener im Hörsaal 1 des Neuen Institutsgebäudes unter dem Titel »Kunst und Revolution« – an der Oberfläche der Universitäten ruhig. Tatsächlich wurde aber bereits damals am Rande immer wieder die Mitbestimmung der StudententInnen gefordert, die dann tatsächlich mit dem UOG 75 auch realisiert wurde und einen totalen Tabubruch mit bisherigen Entscheidungsprozessen darstellte. Die Abschaffung von Studiengebühren (Hochschultaxen) sollte im Sinne der ideologischen Ziele der SPÖ-Alleinregierung Kreisky bereits 1970 den freien und gleichen Zugang zu den Universitäten gewährleisten.

---

<sup>3</sup> Ibid, 30.

<sup>4</sup> Österreichische Hochschülerinnen- und Hochschülerschaft (Hrsg.), ÖH-60 Jahre (Red. Christian Burckner u.a.), Wien 2006. Vgl. auch für die frühe Nachkriegsentwicklung, Christian H. Stifter, Zwischen geistiger Erneuerung und Restauration. US-amerikanische Planungen zur Entnazifizierung und demokratischen Neuorientierung österreichischer Wissenschaft 1941 – 1955, Wien 2014.

Ebenso intensiv wurde auch ab 1970 die soziale und politische Lage von Studentinnen und Studenten mit sozialwissenschaftlichen Methoden erstmals erforscht und in den politischen Entscheidungsprozess eingespielt<sup>5</sup>. Studien von Marina Fischer-Kowalski und Eva Cyba dokumentierten überdies, das besonders politisch aktive StudentInnen durchaus auch zu jenen gehörten, die ein klares Studienziel hatten und auch ihr Studium abschlossen<sup>6</sup>, d.h. das genaue Gegenteil von dem repräsentierten, das in der Öffentlichkeit von den politisch aktiven Studierenden gerne gezeichnet wurde.

Die 1980er Jahre wiederum waren von Neuen Sozialen Bewegungen mit Schwergewicht auf der Umweltbewegung geprägt, die bereits in den späten 1970er Jahren in der Anti-Atomkraftbewegung erfolgreich aktiv gewesen war, wohingegen die 1990er Jahre eine stärkere Individualisierung auch bei den StudentInnen mit sich brachte.

Rückblickend wurde das UOG 1975 als Folge eines breiteren Wertwandels in der westeuropäischen und österreichischen Gesellschaft klassifiziert.<sup>7</sup> Gleichzeitig entwickelten sich aber neue Machthierarchien im Mittelbau bzw. den StudentInnenvertretungen, und die Abhängigkeit vom Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung wurde nur sehr gering reduziert. Gleichzeitig sank die Wahlbeteiligung an den Hochschülerschaftswahlen stetig. Ein wesentlicher Erfolg der gesamtpolitischen Entwicklung war sicherlich der deutlich höhere Frauenanteil bei den Studierenden, mit dem Problemfeld, dass die Dominanz von Männern in der Professorenschaft andauerte und nur langsam reduziert wurde.

Langzeitanalysen von 2009 und 2011 dokumentieren aber, dass die soziale Durchmischung der Universitäten nach einem Schub in den 1970er und 1980er Jahren »steckengeblieben« ist<sup>8</sup>: Der Anteil von StudentInnen aus niedrigen sozialen Schichten zwischen 1989 und 2011, die an Universitäten oder Fachhochschulen studierten, ist von 26 % auf 18 % gesunken. Gestiegen ist der Anteil mit Eltern aus mittleren sozialen Schichten – von 28 % auf 30 %. Eine deutliche Steigerung von 28 % auf 34 % aber erfuhr der Anteil von StudentInnen aus gehobenen Schichten.

---

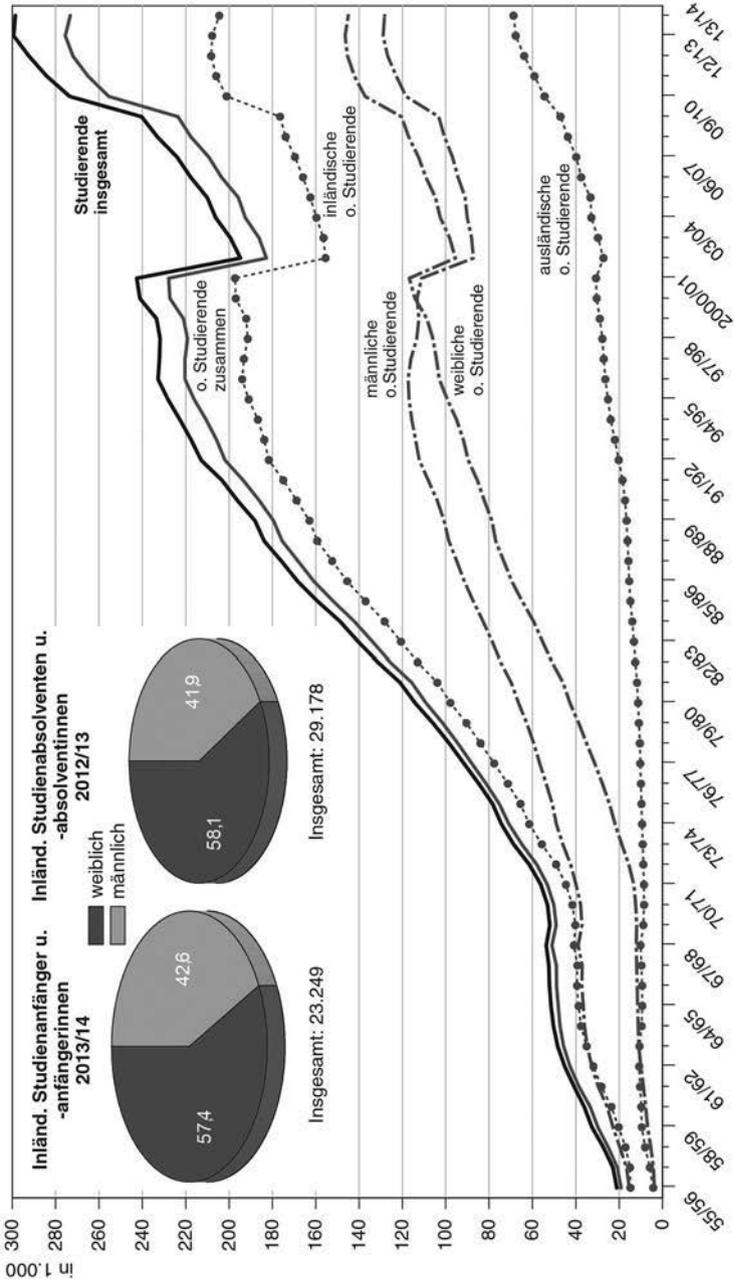
5 Vgl. dazu die Zusammenfassung von drei Studien in Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung (Hrsg.), Politisches Interesse und Engagement von Studenten in Österreich. Materialien aus den Jahren 1970 bis 1974, Wien 1975.

6 Eva Cyba und Marina Fischer-Kowalski, Politische Einstellungen und Aktivitäten von Studenten, Wien 1974.

7 Romana-Maria Rautner, Die österreichische Universität im Kontext des Wertwandels. Eine Analyse des UOG 1975, MA-These Politikwissenschaft, Universität Wien 2013, 84 f.

8 [http://ww2.sozialerhebung.at/Ergebnisse/PDF/Studierenden\\_Sozialerhebung\\_2011\\_BAND\\_2\\_Studierende.pdf](http://ww2.sozialerhebung.at/Ergebnisse/PDF/Studierenden_Sozialerhebung_2011_BAND_2_Studierende.pdf)sowie der Standard, 14. September 2012.

**Studierende an öffentlichen Universitäten  
1955 - 2013**



Q: STATISTIK AUSTRIA, Hochschulstatistik. Erstellt am 13.08.2014.

Bundesanstalt Statistik Austria: [http://www.statistik.at/web\\_de/statistiken/bildung\\_und\\_kultur/formales\\_bildungswesen/universitaeten\\_studium/](http://www.statistik.at/web_de/statistiken/bildung_und_kultur/formales_bildungswesen/universitaeten_studium/)

Das UOG 2002 der ÖVP-FPÖ-Koalition wiederum stellt eine Art Nachziehverfahren bezüglich der Auswirkungen der Europäische Integration Österreichs ab 1995 und der Folgen der 2. Globalisierung und Digitalen Revolution sowie dem Neoliberalen Paradigma dar. Während formal die demokratische Partizipation deutlich reduziert wurde und die Entscheidungsmacht des Rektorats sowie auf Fakultätsebene der DekanInnen bzw. ProfessorInnen erhöht wurde, stieg der Grad an Autonomie der Universitäten. Eigenverantwortung und Leistungsorientierung waren Leit motive, die auch an die Studierenden weiter kommuniziert wurden. Aber letztlich blieb die Budgetvollmacht ausschließlich bei dem jeweils zuständigen Ministerium, und auch alle Universitätsgebäude blieben im Bundeseigentum mit entsprechend negativen Budgetbelastungen. Die Anpassung der Studienprogramme an den europäischen Bildungsraum (Bologna-Prozess) sollte die internationale Mobilität der Studierenden erhöhen, mit entsprechenden Anpassungsproblemen in der Umstellungsphase. Gleichzeitig wird auf informelle Art und Weise doch wieder – beispielsweise an der Universität Wien – eine demokratische Partizipation der StudentInnen und des Mittelbaus im Rahmen der universitären Realverfassung eingeführt. Ein Weg, der noch viel Potential hat.

Für die Stadt Wien ist die Steigerung des Wissenschaftsstandortes ein enormer ökonomischer Faktor geworden, wie eine Studie aus 2011 im Auftrag des Hochschulbeauftragten der Stadt Wien, Alexander Van der Bellen zeigte: Studierende und Angestellte der neun Universitäten, fünf Fachhochschulen und vier Privatuniversitäten in Wien gaben 2011 2,29 Milliarden Euro aus.<sup>9</sup> 1,76 Milliarden Euro davon sind Konsumausgaben der rund 186.000 StudentInnen<sup>10</sup>. Diesem Betrag stehen 18 Millionen Euro der Stadt Wien für die Fachhochschulen 2010 – 2013 gegenüber und im Budget 2013 8,3 Millionen Euro für die Förderung von Wissenschaft und Forschung, ein Beitrag der 2014 auf 7.017.000 Millionen Euro gekürzt wurde. Im Budget-Voranschlag 2015 wurde aber eine deutliche Steigerung auf 10.967.000 Millionen Euro beschlossen.<sup>11</sup>

---

9 Der Standard, 29. November 2013. Siehe die Studie unter [http://medienportal.univie.ac.at/uploads/tx\\_ttmedienportal/files/Universitaet-und\\_Stadt-Studie.pdf](http://medienportal.univie.ac.at/uploads/tx_ttmedienportal/files/Universitaet-und_Stadt-Studie.pdf).

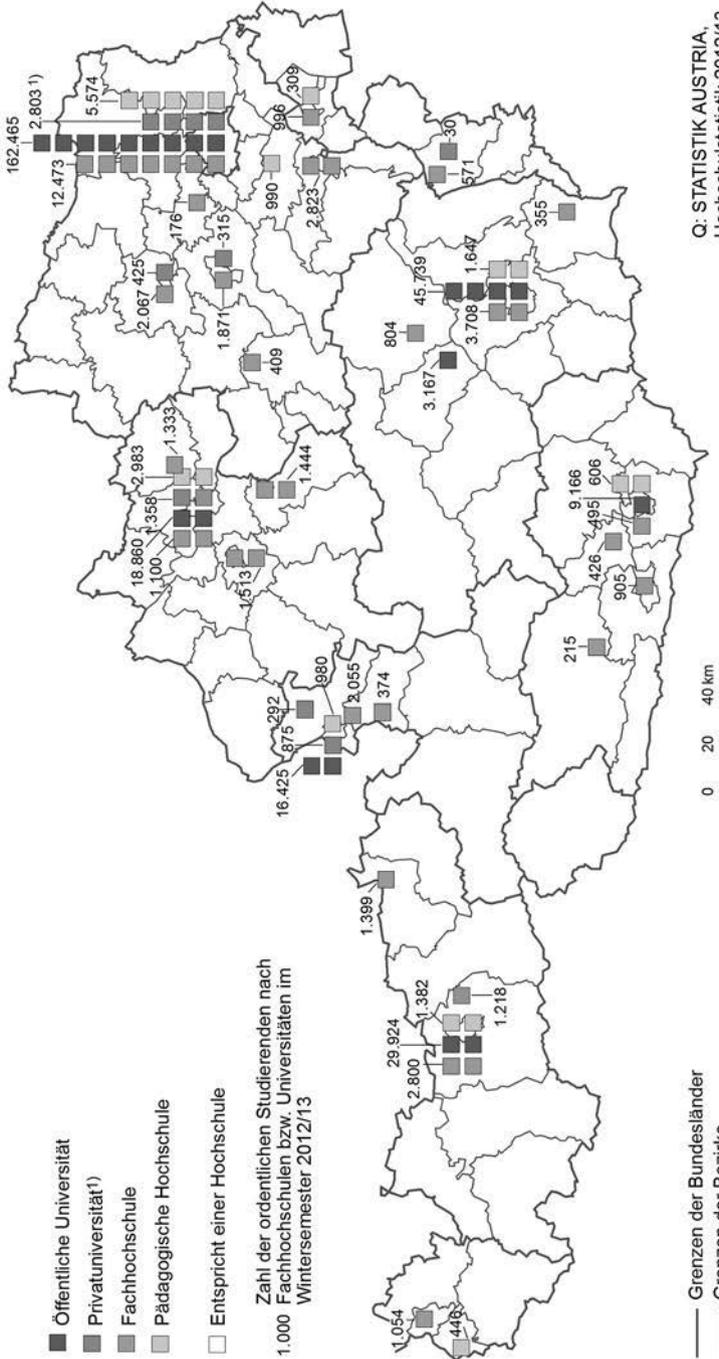
10 »Ein Student, der in Wien lebt, gibt hier 182 Euro für Essen aus, 45 Euro für Kleidung, 58 Euro für öffentliche Verkehrsmittel oder Auto, 30 Euro für Kommunikation, 83 Euro für Freizeit. 105 Euro fallen in andere Kategorien«, Der Standard, 29. November 2013.

11 <https://www.wien.gv.at/finanzen/budget/va15/pdf/10.pdf>, 80.

**Hochschulstandorte  
nach Politischen Bezirken**

- Öffentliche Universität
- Privatuniversität<sup>1)</sup>
- Fachhochschule
- Pädagogische Hochschule
- Entspricht einer Hochschule

Zahl der ordentlichen Studierenden nach  
1.000 Fachhochschulen bzw. Universitäten im  
Wintersemester 2012/13



- Grenzen der Bundesländer
- Grenzen der Bezirke

0 20 40 km

Q: STATISTIK AUSTRIA,  
Hochschulstatistik 2012/13.

1) Ohne Privatuniversität LI SHI ZHEN. - Mehrfachzählung der ordentlichen Studierenden nicht ausgeschlossen.

Die folgenden Beiträge reflektieren schlaglichtartig die Innensicht von StudentInnen: Nach Schilderungen der Studienzeit in den späten 1950er und 1960er Jahren (Manfried Welan, Erhard Busek, Wolfgang Greisenegger, Franz Römer und Peter Skalicky) wird in zwei abschließenden Beiträgen von Bernhard Johann Karl Beham und Suleika Mundschitz in diesem Kapitel der Alltag der Studierenden anhand von zwei Einzelbeispielen rekonstruiert, in denen auch die Änderungen der Lebens-, Arbeits- und Freizeitverhältnisse seit dem Jahr 2000 in Wien eine Rolle spielen.



## Student in Wien 1955–1960

### Ein Weg ins Freie

Im Jahre 1955 war Wien noch eine vom Krieg getroffene und gezeichnete Stadt. Viele Gebäude waren grau und schwarz. Es gab viel Staub und viel Ruß. In der Inneren Stadt war immer November. Sie lag in einer schwärzlich-rötlichen Dauerdämmerung. Aber sie war von einer Vornehmheit, die verloren gegangen ist.

Der Film »Der dritte Mann« bringt mir einen Teil meiner Kindheit in die Erinnerung. Reinhold Schneiders Buch »Winter in Wien« macht mir Teile meiner Studienzeit lebendig. Es handelt von der Inneren Stadt und vom Inneren der Stadt. Ich lernte beide während meines Jus-Studiums näher kennen.

Aber wir haben Glück gehabt. 1955 hatten wir endlich den Staatsvertrag mit den vier Besatzungsmächten abschließen können. Jahrelang war darum gerungen worden, und ich hatte nicht mehr geglaubt, dass er je zustande kommen würde.

Am 15. Mai 1955 rief Außenminister Leopold Figl vom Schloss Belvedere in die Welt hinaus: »Österreich ist frei!«. Er hatte diese Worte schon 1945 bei der Regierungserklärung im Nationalrat gerufen. Manche sprachen von der »Befreiung der Befreiten«. Ich jubelte mit vielen im Belvederegarten und freute mich. Am Abend war ein Verkehrsstau, die Leute feierten auf dem Rathausplatz und auf dem Stalinplatz (jetzt Schwarzenbergplatz).

Zur selben Zeit hatte ich die Matura bestanden und war auch frei geworden. Ich hatte mich für die Freiheit des Studiums entschieden.

Wirklich gejubelt wurde in Wien ja nicht über die Staatspolitik, sondern über die Wiedereröffnung von Burg und Oper am 14. Oktober und am 5. November.

Das waren die wahren Staatsakte und gleichsam, die »Krönung« des Wiederaufbaus! Die Musik- und Theaterstadt Wien machte mobil. Burgtheater und Staatsoper erstrahlten neu in Glanz und Gloria und das Publikum jubelte. Das war die Kultur der Kunst. Das Theater war das Leitmedium und das fand jetzt in den alten, aber völlig neuen schönen festen Häusern statt.

Auf der anderen Seite der Ringstraße stand die Universität grau und vernachlässigt da. Über ein Viertel ihres Baubestandes und fast dreiviertel der Dacheindeckung waren durch Bombentreffer zerstört worden. Sie wurde aber nicht so wiederhergestellt und erneuert wie Burg und Oper. Das war die Kultur der Wissenschaft. Hier waren Traditionen der Vernachlässigung, nicht Glanz und Gloria. Die Universität war nie ein Leitmedium. Und so ist es geblieben.

## **Kaiser Franz Joseph auf der Juristenstiege und der Siegfriedskopf in der Aula**

Ich hatte besondere Vorstellungen vom »Renaissancepalast der Bildung«. Aber dieser Palast sah aus wie ein heruntergekommenes Museum. Dort sollte ich studieren?

Was wollte ich überhaupt studieren?

Ein Bekannter meines Vaters riet mir, Jus zu studieren: »Wenn du nicht weißt, was du studieren sollst, dann studier' Jus!« Er überzeugte mich, dass diese Entscheidung nichts Endgültiges sei. Das Jus-Studium ziele auf eine besondere Art erweiterter Matura ab und steigere die Allgemeinbildung. Es sei vielseitig und öffne dadurch viele Wege zu verschiedenen Berufen. Auch Freunde, die schon Jus studierten, drängten mich dazu und schließlich waren meine Eltern froh, wenn ich ein »anständiges« Studium wählte.

Meine Familie hatte keine Beziehung zur Juristerei. Auch das Gymnasium hatte mich nicht mit dem Recht in Beziehung gebracht. Wir lasen nicht Gaius, sondern Gaius Julius Cäsar. Im Ganzen gesehen lasen wir zu viel Cäsar und zu wenig Cicero.

Als ich das erste Mal die Juristenstiege auf der Universität betreten wollte, war ich durch die übermenschliche Steinfigur des Kaiser Franz Joseph irritiert. Wie ein Gott stand er da. Die über zwei Meter hohe kolossale Statue aus Marmor wirkte auf mich bedrückend und bedrohlich. Warum stand sie hier? Ausgerechnet auf der Juristenstiege? Hunderte Male stieg ich im Laufe des Studiums zu Kaiser Franz Joseph hinauf: Ich war ein Student Franz Josephs.

Einige Jahrzehnte später amtierte ich Hunderte Male im Festsaal der Universität für Bodenkultur vor dem großen Bild Franz Josephs. Ich war ein Professor und Rektor Franz Josephs geworden.

Der Figur war im Kriege – die Universität war durch alliierte Luftangriffe schwer getroffen worden – der Kopf abgebrochen worden. Er wurde aber schon 1945 der Figur wieder aufgesetzt. Das war gleichsam ein Symbol für die Fortsetzung der Monarchie. Franz Joseph konnte sich auf seine Juristen verlassen. Jurist sein bedeutete in der Monarchie viel, und die vielen Juristen bedeuteten

Franz Joseph viel. Die österreichische Verwaltung war durch das Juristenmonopol in den hohen Positionen charakterisiert. Die Verwaltungskultur wie die politische Kultur waren lange Zeit eine Juristenkultur. Die Monarchie der josephinischen Mandarine wurde eine Republik der franzisko-josephinischen Mandarine. Das Zeitalter der Manager war noch fern.

Das Recht Franz Josephs wurde das Recht der Republik und ist es zum Teil noch jetzt. Das ehrwürdige Allgemeine Bürgerliche Gesetzbuch 1811 (ABGB) gilt noch heute, zur Zeit meines Studiums galt auch noch das Strafgesetz 1803, und die dazu gehörenden Prozessgesetze waren Blüten der franzisko-josephinischen Rechtskultur. Viele Bereiche des Verfassungsrechts, vor allem rechtsstaatliche Einrichtungen, und große Teile des Verwaltungsrechts stammten aus der konstitutionellen Monarchie. Noch als Professor trug ich sie vor, zB das Forstgesetz 1852.

Form und Inhalt unseres Studiums waren von der Monarchie geprägt. Die Studienordnung war wie die vom Unterrichtsminister Franz Josephs Graf Leo Thun-Hohenstein entworfene und das zu studierende Recht war zu großen Teilen Recht aus der Zeit Franz Josephs.

Unsere Lehrer waren – von Ausnahmen abgesehen – auch aus dieser Zeit. Sie waren mit der Monarchie verbunden und wenn einer von ihnen den Raum betrat und zu sprechen begann, wurde man daran erinnert. Die juristische Fakultät war vom Atem und den Stimmen des 19. Jahrhunderts durchzogen. Es herrschte eine Atmosphäre der Tradition und eine heute unvorstellbare Hierarchie der Professoren. Ihre Macht im Rahmen der Universität war groß.

Jeder Professor war Monarch in seinem Bereich. Nicht einmal Dozenten und Assistenten, deren es nur wenige gab, hatten Mitwirkungsrechte.

In manchen Hörsälen gab es »Lehrkanzeln« aus Holz unter einer Art Baldachin. Dort standen die Professoren und dozierten von oben herab. Durch solche Einrichtungen und durch solche Professoren wurde die Monarchie auch im Kleinen fortgesetzt. Frontalvorlesungen waren die Regel. Man musste das nachbeten, was die Lehrer sagten. Es war nicht üblich, die Vortragenden zu unterbrechen, um Fragen zu stellen, und wir stellten auch nachher selten Fragen. Nur wenige gingen in Sprechstunden der Professoren. Die meisten ließen sich buchstäblich alles gefallen, auch wenn es ihnen nicht gefallen hat. Sie besuchten in der Regel ja auch nicht die Vorlesungen der Professoren, sondern die von diesen manchmal so genannten »Schwindelschulen«, die Rechtskurse.

Wir Studierenden waren untereinander per Sie, das Du-Wort war relativ selten, außer bei Mitgliedern von Vereinen oder aufgrund gemeinsamer Gymnasialzeit. Pärchen gab es nur wenige.

Die zukünftigen Juristinnen und Juristen waren korrekt, die Damen teilweise sogar elegant gekleidet, viele trugen Anzüge mit Krawatten. Sneakers ersetzten noch lange nicht »anständige Schuhe«. Wir waren alles andere als eine »Turn-

patschen- und Jeans Generation« heute zieht man sich bewusst nicht mehr schön an, damals wollte man bewusst nett ausschauen.

## Der Siegfriedskopf in der Aula

Unter den Studierenden herrschte eine kollegiale Atmosphäre. Wir halfen einander, wo und wie wir konnten und lernten vor den Prüfungen miteinander in kleinen Gruppen. Hier wurden die Fragen und Eigenheiten der Prüfer eingebracht, besprochen und ausgetauscht. Diese Kollegialität war das Menschlichste am damaligen Jusstudium. Unsere Hilfsbereitschaft machte Anfängern Immatrikulation und Inskription und den Prüfungskandidaten die Prüfungen leichter und gerne half ich, dem so geholfen worden war, in der Zukunft auch den Neuen.

Viele von uns aßen in den Mensen; ich aß besonders gerne in der Nationalbibliothek Augsburg mit gerösteten Erdäpfeln, eine Speise, die in Vergessenheit geraten ist, oder in der WÖK in der Schottengasse (heute Billa). Mehrere Kollegen gingen mit mir zum Trzeniewski in der Dorotheergasse, wobei eine Kollegin behauptete, den Trzeniewski Brötchen ihre schlanke Figur zu verdanken. Ein Brötchen kostete 50 Groschen, wie mir ein aus Sri Lanka stammender Angestellter unlängst bestätigte; heute kostet es 1,10 Euro. Man kann noch immer mit Trzeniewski-Brötchen abnehmen.

Das Studium dauerte wie vor dem Krieg acht Semester. Der erste, zwei Semester dauernde Studienabschnitt, der sogenannte »Rechtshistorische«, begann mit einer »Einführung in Grundbegriffe des Rechtes und des Staates«, die vier Stunden, und einer »Einführung in die Philosophie und Gesellschaftslehre«, die zwei Stunden umfasste. Zusätzlich zu diesen sechs Semesterwochenstunden einführender Lehrveranstaltungen waren 35 Stunden über Römisches Recht, Kirchenrecht, Deutsches Recht sowie Österreichische Verfassungs- und Verwaltungsgeschichte zu inskribieren.

Der zweite, sogenannte »Judizielle« Studienabschnitt, dauerte drei Semester und umfasste Österreichisches Bürgerliches Recht, Handels- und Wechselrecht, Zivilgerichtliches Verfahren, Straf- und Strafprozessrecht im Ausmaß von 49 Semesterwochenstunden. Dazu kamen noch drei Stunden internationales Privat- und Strafrecht und zwei Stunden Kriminologie.

Der ebenfalls drei Semester umfassende »Staatswissenschaftliche« Studienabschnitt bestand aus 34 Stunden Staatslehre und Österreichischem Verfassungsrecht, Verwaltungslehre und Österreichischem Verwaltungsrecht, Verwaltungsverfahren und -gerichtsbarkeit, Sozialrecht, Völkerrecht und Rechtsphilosophie.

Dazu waren 25 Stunden aus Volkswirtschaftslehre und Volkswirtschaftspolitik, Sozialpolitik, Finanzwissenschaften und Finanzrecht, Statistik, sowie drei

Stunden neuere Geschichte zu inskribieren. Wahlpflichtfächer waren Agrargesetzgebung, ausländisches Recht und vergleichende Rechtswissenschaft, Staatsrechnungswissenschaft, gerichtliche Medizin, schließlich forensische Psychiatrie, die insgesamt sechs Stunden umfassten.

Ich habe mich oft gefragt, ob mein Studium überhaupt ein Studium war, wie man es sich vorstellt. War es nicht ein »Potemkinsches Studium«? Ein »Als Ob-Studium«?

Warum? Es war ein universitäres Papiergebäude bestehend aus Inskriptionen und Zeugnissen. Nur wenige Semesterwochenstunden, wie etwa Pflichtübungen, verlangten wirkliche Anwesenheit. An- und Abtesturen waren kein wirkliches Problem. Sie wurden fast immer gegeben, auch wenn einen der Professor nicht kannte.

Wir lernten logisch denken und reden, das Wesentliche vom Unwesentlichen, das Wichtige vom Unwichtigen unterscheiden, überhaupt unterscheiden. Wir lernten analytisch und analogisch Denken und das Legale bis hin zum Illegalen zu verstehen »was geht noch?« »was geht nicht mehr!« »es kommt drauf an!« sagte einer unserer Lehrer immer wieder.

Im Übrigen wurde selbst bei der Planung der Lehrveranstaltungen an der Fakultät mit Rücksicht auf die Zeiten der Rechtskurse vorgegangen. Sonst wäre vielleicht die Anwesenheit zu schwer gewesen.

Es gab keine Pflicht zu wissenschaftlicher Tätigkeit oder zum Besuch von Seminaren. Es war für viele ein Fernstudium, das auf die Ablegung bestimmter Prüfungen abzielte und so ohne Absicht geradezu auf Berufstätige abgestellt war.

Das Studium war auf Mündlichkeit abgestellt. »Reden« und wieder reden, aber nicht widersprechen! Das war die Regel. Es gab zwar Ausnahmen, aber keinen wirklichen Widerspruch.

Ein charakteristisches Element war der Umstand, dass das öffentlich-rechtliche Studium in Wirklichkeit privat verlief. Es war ein »Privatstudium«. Fast alle Studierenden besuchten die außeruniversitären Kurse, in denen der Stoff des Studiums von außeruniversitären Lehrern gepaukt wurde.

Diese Rechtskurse waren private Schulen, in denen in Ausübung der Unterrichtsfreiheit der Prüfungsstoff des Jusstudiums durch private Lehrer vermittelt wurde. Der »Kurs der Kurse« war nicht nur ideell, sondern auch materiell hoch; man musste für sie und auch für die zur Verfügung gestellten Skripten ein Vielfaches der Studiengebühren bezahlen. Insgesamt gesehen war das aber »ökonomischer« als der Besuch von Lehrveranstaltungen an der Universität, da die Kurse sehr konkret auf die Prüfungen vorbereiteteten.

Die Vortragenden waren in der Regel hochqualifizierte Fachleute und gute Pädagogen mit einem Blick auf das Wesentliche. Das Wesentliche waren letztlich für die Studierenden Staatsprüfungen und Rigorosen und die dabei gestellten Fragen.

Ein Grund für den hohen »Kurs der Kurse« lag auch darin, dass wir unsere Prüfer nur zum Teil kannten. Die vielen Praktiker, die prüften, kannten wir nicht. Und weil wir nicht alle in alle Vorlesungen gingen, kannten wir nicht einmal alle Professoren.

Die Anonymität der Prüfer entsprach der Anonymität der Studenten. Es gab Ausnahmen, insbesondere in den höheren Semestern. Aber im Allgemeinen war das Verhältnis zwischen Professoren und Studierenden »distanziert«. Das war österreichische Tradition, auch in anderen Studien.

Die Unbekanntheit der Prüfer und Prüfungskommissionen war eine Eigenheit unseres Studiums.

## Studienabschluss und Prüfungen

Im Wesentlichen gab es also nur 6 große Prüfungen, nämlich die drei Staatsprüfungen und die drei Rigorosen. De facto waren es nur 4, bzw. 3 Prüfungen, da ja 2 in der Regel zwei Mal denselben Stoff betrafen. Da man die Prüfungen in der Regel erst nach ein bis zwei Jahren Vorbereitungszeit ablegen konnte, bewirkte das eine große Freiheit im Studium, aber unmittelbar vor den Prüfungen einen heute unvorstellbaren großen Druck. Sehr vereinfacht gab es für den Regelstudenten insgesamt 36 Monate »Freiheit« und 12 Monate »Druck«.

Der großen Freiheit verdanke ich meine Belesenheit und das Kennenlernen vieler Menschen und Gelegenheiten in sehr unterschiedlichen Bereichen. Dem großen Druck verdanke ich eine mir später oft zugutegekommene nervliche Robustheit.

Wenn mir eine Materie zu sehr auf die Nerven ging und ekelhaft wurde, dachte ich daran, wer aller Jus studiert hatte: Johann Wolfgang von Goethe, Franz Grillparzer, Adalbert Stifter, Kurt Tucholsky, Franz Kafka, ach ja, und um mit ihm zu sprechen, »ich nährte mich in den zwei Monaten vor einer Prüfung unter reichlicher Mitnahme der Nerven geistig förmlich von Holzmehl!«.

Die Zeit unmittelbar vor der Prüfung wurde zur psychischen Qual. Das bewirkte aber auch eine besondere Vorbereitung unsererseits. Wir präparierten uns an Hand der Skripten und der gesammelten Prüfungsfragen und trainierten in kleinen Gruppen etwa zwei Monate intensiv.

Bei jeder großen Prüfung waren mehrere große Fächer mündlich zu absolvieren. Wenn man die Prüfer nicht kannte und sie sich nicht vorstellten, musste man aus der Fragestellung das Fach erraten, was manchmal nicht leicht war.

In mancher Weise studierte ich anders als meine Kolleginnen und Kollegen. So besorgte ich mir für das Studium die Skripten mehrerer Rechtskurse. Dadurch blieb ich auf den jeweils etwas anders bearbeiteten und wiedergegebenen Prüfungsstoff neugierig und lernte verschiedene Sichtweisen kennen. Die oft

trockene Materie konnte ich so mehrere Male ohne Überdross durcharbeiten. Als Jus-Student musste man ja oft wiederholen. Ich war auf das Wiederkäuere-dasein schon durch meine langjährige Tätigkeit als Nachhilfelehrer vorbereitet. Der Stoff für die jeweilige Prüfung machte einige Kilo aus. Wenn man sie in Taschen richtig verteilte, war ein längerer Gang mit ihnen ein spezielles Bodybuilding.

Im Übrigen studierte ich nicht nur zuhause und in Bibliotheken, sondern die meiste Zeit in Kaffeehäusern. So lernte ich die von Stefan Zweig sogenannte »universitas vitae« in ihren verschiedenen Erscheinungsformen und Ausstattungen kennen. Meist begann ich im »Café Attaché« in der Argentinierstraße auf der Wieden. Ich war erstaunt, als ich zu Ende meines Studiums den früheren Außenminister der Sowjetunion Wladislaw Molotow an einem Nebentisch Zeitungen lesen sah. Er wurde vom Ober mit »Guten Morgen, Herr von Molotow!« begrüßt und lächelte daraufhin ein wenig. Er war nach seinem Ausscheiden als Außenminister ständiger Vertreter der UdSSR in der 1958 errichteten IAEO (International Atomic Energy Organisation) geworden. Reinhold Schneider hat die Entwicklung charakterisiert: »Statt der Kaiser residiert die Atombehörde in Wien«.

Ich blieb in jedem Kaffeehaus ein, zwei Stunden und zog dann mit Sack und Pack, sprich mit meinen Büchern und Skripten, zum nächsten Kaffeehaus weiter, vom »Café Attaché« meist zum »Café Hauswirth« in der Nähe der Paulanerkirche. Beide Kaffeehäuser existieren schon lange nicht mehr, sondern sind China-Restaurants geworden. Die andere Variante meiner Gänge ging vom Café Attaché über den Stalinplatz, seit 1956 wieder Schwarzenbergplatz, am Heldenndenkmal der Roten Armee vorbei zum Café Schwarzenberg. Damals konnte ich noch den russischen Text an der Kolonade des Denkmals lesen: »Ewiger Ruhm den Helden der Roten Armee, die gefallen sind im Kampf gegen die deutsch-faschistischen Landräuber für die Freiheit und Unabhängigkeit der Völker Europas.« Jetzt kann ich nicht mehr lesen, aber ich habe mir den Text gemerkt. Es waren rund 20.000 Soldaten der aus vielen Völkern zusammengesetzten Sowjetarmee, die für die Befreiung Österreichs vom Nazifaschismus in der Schlacht von Wien gefallen sind. Sie dürfen nicht vergessen werden. Die Wiener haben »primitiviert« und das Denkmal zum »Russendenkmal« und zum »Erbsendenkmal« gemacht.

Zuhause stellte ich vor dem Schlafengehen mein Magnetophon an und hörte dann im Schlafen die Texte des Lernstoffes ab die ich sukzessive auf Band gesprochen hatte. Unsere Nachbarin hörte mich durch die Wand und lobte mich von Zeit zu Zeit wegen meines Lernfleißes. Ich ließ sie bei diesem Glauben und stellte das Gerät auf »Zimmerlautstärke« ein. Psychologen behaupteten schon damals, dass man sich Texte im Schlafe zwar nicht merke, aber doch nachher beim Durchlesen leichter im Gedächtnis behält. Ich hatte zum Stoff der jewei-